Degussa Marktreport

21. Oktober 2021 Wirtschaft · Finanzen · Edelmetalle

USD pro Feinunze Gold

USD pro Feinunze Silber

EURUSD

Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

Edelmetallpreise				
	Aktuell (Spot)	Veränderungen gegenüber (in Prozent): 2 W	3 M	12 M
I. In US-Dollar				
Gold	1786.8	1.5	1.0	-5.7
Silber	24.3	7.7	-7.1	0.9
Platin	1048.6	7.9	-2.2	22.1
Palladium	2065.0	7.6	-25.7	-6.6
II. In Euro				
Gold	1534.7	1.1	2.8	-5.7
Silber	20.8	7.3	-5.4	0.7
Platin	900.6	7.5	-0.7	22.1
Palladium	1774.0	7.3	-24.3	-6.6
III. Goldpreis in anderen Währungen				
JPY	203695.0	4.2	3.6	2.6
CNY	11428.4	0.7	0.0	-9.9
GBP	1295.2	-0.3	1.2	-11.7
INR	133729.5	1.9	1.6	-5.3
RUB	127032.6	-0.6	-1.6	-16.6

Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

DER AUFSTIEG DES NEO-SOZIALISMUS. UND WIE MAN IHN STOPPT

►Vor unseren Augen spielt sich eine rasante Abkehr vom System der freien Märkte (beziehungsweise von dem, was davon heute noch übrig ist) ab. Eine Entwicklung, die nicht nur den Wohlstand, sondern auch das friedvolle Zusammenleben der Menschen auf dieser Welt gefährdet.

„Die wahren Optimisten sind nicht überzeugt,
daß alles gut gehen wird, aber sie sind überzeugt,
daß nicht alles schief gehen kann."
—Friedrich Schiller

EINLEITUNG

Die Volkswirtschaften erholen sich nur mühsam aus der politisch diktierten Lockdown-Krise. Dass die internationalen Produktions- und Logistikketten erheblichen Schaden genommen haben, zeigen anhaltende Produktionsausfälle, Lieferverzögerungen, steigende Güterpreise und hier und da auch leere Supermarktregale. Nun könnte man die Hoffnung haben, dass die „Störungen" über kurz oder lang behoben werden, sich die weltweite Angebots- und Nachfragestruktur wieder „normalisieren" wird. Doch leider wird diese Hoffnung stark getrübt durch den sich scheinbar unerbittlich vollziehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel: Vor unser aller Augen spielt sich die politisch-ideologisch herbeigeführte Abkehr vom System der freien Märkte (beziehungsweise die Abkehr von dem wenigen, was davon heute noch übrig ist) ab. Es soll einer Art Befehls- und Lenkungswirtschaftsmodell, eine Art Kommandowirtschaft, Platz machen, die nichts Gutes für Wohlstand und Frieden auf der Welt verspricht.

Um die Folgen dieser Veränderung besser überblicken zu können, soll in diesem Aufsatz in einem ersten Schritt die Funktionsweise und Leistungsfähigkeit des freien Marktsystems erklärt werden (1). Daran anschließend wird aufgezeigt, wie und auf welchen Wegen der „Interventionismus" – der heute nahezu überall auf der Welt zum allseits akzeptierten Wirtschaftsmodell aufgestiegen ist – seit Jahrzehnten das freie Marktsystem unterwandert, aushebelt und zerstört (2). Sodann sollen die ideologischen Hintergründe, die den neuesten Paradigmenwechsel in Wirtschaft und Gesellschaft an- und vorantreiben, beleuchtet werden (3). In einem abschließenden Schritt werden Möglichkeiten aufgezeigt, der ideologisch angetriebenen Zerstörung des marktwirtschaftlichen Systems in der westlichen Welt wirksam entgegentreten zu können (4).

DAS WUNDER DES FREIEN MARKTSYSTEMS

Was bedeutet eigentlich ein „System freier Märkte", und was kann er leisten? In einem System freier Märkte steht es den Anbietern frei, in einen Markt ein- und auszutreten, und ebenso steht es Nachfragern frei, die Güter nachzufragen, die sie zu kaufen wünschen. Es herrscht Wettbewerb sowohl auf der Angebots- als

Ludwig Erhard
(1897-1977)

„Ich bin erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschallte. Falls diese Sucht weiter um sich greift, schlittern wir in eine gesellschaftliche Ordnung, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat."

auch auf der Nachfrageseite.

In einem freien Markt nutzen die Menschen die Vorteile der Arbeitsteilung. Mit ihr lässt sich die Ergiebigkeit der Arbeit erhöhen, sie erlaubt es, mehr und bessere Güter zu produzieren. Unternehmen formieren sich und machen sich daran, solche Güter und Dienste zu erzeugen und anzubieten, die die Kunden zu kaufen wünschen. Sind die Unternehmen dabei erfolgreich, werden sie mit Gewinn belohnt. Der Gewinn ermöglicht es ihnen, ihre Produktion im Sinne der Nachfrager auszuweiten. Erzielt der Unternehmer hingegen einen Verlust, so wandert sein Kapital sprichwörtlich in die Hände „besserer Wirte", also zu Unternehmern, die die Kundenwünsche vergleichsweise besser erfüllen. Das Gewinn-und-Verlust-Prinzip sorgt folglich dafür, dass die Produktionsleistung an den Kundenerfordernissen ausgerichtet wird.

Die Bildung der Güterpreise spielt im System der freien Märkte eine besonders wichtige Rolle. Steigt der Preis eines Gutes, so zeigt dies an, dass das betreffende Gut knapp ist (relativ zum Angebot anderer Güter). Zum einen hält das die Nachfrager an, sparsamer mit dem Gut umzugehen. Zum anderen bekommen Unternehmen das Signal, die Produktion des Gutes auszuweiten. Die erhöhte Produktionsmenge des Gutes wirkt seinem Preisanstieg entgegen und verbessert die Versorgungssituation der Nachfrager. Gleiches gilt bei einem Preisrückgang für ein Gut. Er signalisiert, dass das Gut relativ reichlich vorhanden ist, und dass die Unternehmer besser andere Güter, deren Preise sich relativ zum verbilligenden Gut verteuern, vermehrt produzieren sollen. Der Preismechanismus sorgt so gesehen dafür, dass die knappen Mittel in die Verwendungen gelenkt werden, in denen sie aus Sicht der Nachfrager den höchsten Nutzen stiften.

Ein freies Marktsystem – und das ist sein Kernmerkmal – zeichnet sich durch Eigentum aus: Die Produktionsmittel befinden sich im Privateigentum. Der Unternehmer kann die Gewinne seiner Tätigkeit vereinnahmen, und er muss die Kosten seines Tuns tragen. Das Bestreben, sein Eigentum zu verhalten beziehungsweise zu vermehren, hält den Unternehmer in einem freien Markt dazu an, seine Produktionsleistung konsequent an den Wünschen der Nachfrager auszurichten. Er setzt seine Produktionsmittel ein, um Güter zu erzeugen, die nicht seinen eigenen Bedürfnissen, sondern die den Bedürfnissen der Käufer entsprechen. Er stellt folglich sein Eigentum in den Dienst der Kunden. Und die Kunden sind es, die mit ihrer Kauf- oder Nichtkaufentscheidung über Erfolg oder Misserfolg des Unternehmers entscheiden; man kann von „Konsumentensouveränität" sprechen.

Ein weiteres Charakteristikum des freien Marktsystems ist die Massenproduktion, also die Erzeugung von Gütern, die für den Verbrauch durch die breite Bevölkerung vorgesehen sind. Damit verbunden kommt es zu einer Tendenz einer ständigen Verbesserung des durchschnittlichen Lebensstandards für die große Zahl der Menschen, das heißt eine fortschreitende Bereicherung der Mehrheit der Bevölkerung. Man kann auch sagen (und die Marxisten-Sozialisten mögen das vielleicht gar nicht hören wollen): Das freie Marktsystem entproletarisiert den „gewöhnlichen Menschen", erhebt ihn nach und nach zu dem Rang eines „Bürgerlichen".

Wie einleitend bereits erwähnt, entwickelt ein freies Marktsystem eine zunehmende, immer feiner zergliederte Arbeitsteilung, national wie international. Denn es ist die Arbeitsteilung, die die Ergiebigkeit der Arbeit erhöht. Sie hält die Menschen dazu an, diejenigen Güter zu erzeugen, bei deren Herstellung sie vergleichsweise geringe Kosten haben. Die Arbeitsteilung erlaubt aber nicht nur,

mit gegebener Arbeitsleistung mehr Güter herzustellen, sondern auch Güter zu erschaffen, die man ohne Arbeitsteilung gar nicht herstellen könnte. Vor allem eine dauerhafte Arbeitsteilung eröffnet den Menschen ungeahnte Wohlstandszuwächse. Das System der freien Märkte lässt eine arbeitsteilige Verbindung zwischen den Menschen auf aller Welt entstehen, bringt sie zusammen in einem kooperativen und produktiven Netzwerk zum allseitigen Vorteil. So gesehen ist der freie Markt ein Friedensprogramm für die Welt.

Der wirtschaftliche Erfolg der westlichen Welt mit seiner umfangreichen Güterversorgung und hohen technologischen Entwicklung ruht auf dem System der freien Märkte – die zwar niemals wirklich „ganz frei" waren, die aber innerhalb der bestehenden Restriktionen, die die Staaten aufgestellt haben, es immer noch ermöglichten, den materiellen Wohlstand der Menschen zu befördern; die Unternehmer hatten offensichtlich noch genügend Freiheiten, ihre Produktionsleistung auszubauen; die Preissignale waren hinreichend verlässlich, um die Investitionen zum Erfolg zu führen. Doch die Errungenschaften des freien Marktsystems (beziehungsweise der Reste, die heute noch davon übrig sind), werden mittlerweile immer stärker in Frage gestellt, untergraben, zerstört. Das liegt vor allem am Aufstieg des „Interventionismus".

DER AUFSTIEG DES INTERVENTIONISMUS

Wie bereits gesagt, hat es in den letzten Jahrzehnten in den westlichen Volkswirtschaften kein freies Marktsystem in „Reinform" gegeben. Das vorherrschende Wirtschaftsmodell war vielmehr der „Interventionismus". Im Interventionismus befinden sich die Produktionsmittel zwar formal im Privateigentum. Der Staat schränkt jedoch die Verfügungsrechte der Eigentümer über ihr Eigentum ein – durch Ge- und Verbote, Regulierungen, Besteuerung etc., und er schreibt ihnen auch vor, was sie mit ihrem Eigentum tun dürfen und was nicht. Das Problem des Interventionismus ist nun das Folgende: Die Ziele, die man mit ihn erreichen will, lassen sich entweder nicht erreichen; oder sie werden nur erreicht, indem sich unerwünschte und problematische Nebenwirkungen einstellen.

Dazu ein Beispiel: Der Staat will den Mietpreis absenken, um Wohnraum bezahlbar zu machen. Dazu fixiert er einen Höchstpreis für Mietzahlungen. Wenn der Höchstpreis für Mieten niedriger ausfällt als die marktübliche Miete, übersteigt die Nachfrage nach Mietraum das Angebot von Mietraum. Das verknappte Angebot von Mietraum muss dann irgendwie zugeteilt, also „rationiert" werden. Die absehbaren Folgen sind „Warteschlangen", Korruption, Vetternwirtschaft etc. Ein Höchstpreis für Vermietung wird Investoren davon abhalten, in den Bau neuer Wohnungen zu investieren. Das gilt sowohl für Instandhaltungs- als auch für Erneuerungsinvestitionen. Die Folge ist eine Verschlechterung der Wohnbedingungen für Mieter. Eine Mietpreisobergrenze reduziert also nicht nur den Wohnraum, er setzt auch die Wohnqualität der Mieter herab.

Der Interventionismus löst regelmäßig Interventionsspiralen aus: Weil er das Ziel nicht erreicht oder unerwünschte Nebeneffekte verursacht hat, greift der Staat zu weiteren Interventionen. Und indem der Staat immer weiter und stärker in das System der (ursprünglich) freien Märkte eingreift, unterwandert und zerstört er es. Kehrt man sich nicht vom Interventionismus ab, beendet man nicht die Interventionismusspirale, steht am Ende eine Art Befehls- und Lenkungswirtschaft, in der der Staat bestimmt, wer was wann wo und in welcher Menge zu produzieren hat, und wer was wann wo und in welcher Menge konsumieren darf. Der Interventionismus – wenn man sich nicht von ihm abkehrt – führt in die Unfreiheit,

Friedrich August von Hayek (1899–1992) schrieb bereits im Jahr 1960, dass …

„… der Sozialismus als bewußt anzustrebendes Ziel zwar allgemein aufgegeben worden ist, es aber keineswegs sicher ist, daß wir ihn nicht doch errichten werden, wenn auch unbeabsichtigt. Die Neuerer, die sich auf die Methoden beschränken, die ihnen jeweils für ihre besonderen Zwecke am wirksamsten scheinen, und nicht auf das achten, was zur Erhaltung eines wirksamen Marktmechanismus notwendig ist, werden leicht dazu geführt, immer mehr zentrale Lenkung der wirtschaftlichen Entscheidungen auszuüben (auch wenn Privateigentum dem Namen nach erhalten bleiben mag), bis wir gerade das System der zentralen Planung bekommen, dessen Errichtung heute wenige bewußt wünschen. Außerdem finden viele der alten Sozialisten, daß wir schon so weit auf den Zuteilungsstaat zugetrieben sind, daß es jetzt viel leichter scheint, in dieser Richtung weiter zu gehen, als auf die etwa in Mißkredit geratene Verstaatlichung der Produktionsmittel zu drängen. Sie scheinen erkannt zu haben, daß sie mit einer verstärkten staatlichen Beherrschung der nominell privat gebliebenen Industrie jene Umverteilung der Einkommen, die das eigentliche Ziel der sensationelleren Enteignungspolitik gewesen war, leichter erreichen können."

(aus: Die Verfassung der Freiheit, S. 327.)

Ludwig von Mises
(1881-1973)

„Der unvergleichliche Erfolg des Marxismus beruht auf dem Umstande, daß er tief verankerten uralten Wunschtraumen und Ressentiments der Menschheit Erfüllung verheißt. Er verspricht ein Paradies auf Erden, ein Schlaraffenland voll Glück und Genuß und, was den Schlechtweggekommenen noch süßer mundet, Erniedrigung aller, die starker und besser sind als die Menge. Er lehrt, Logik und Denken, die die Ungereimtheit solcher Wunschtraume und Rachephantasien zeigen, beiseitezuschieben. Er ist unter allen Reaktionen, die sich gegen die vom Rationalismus aufgerichtete Herrschaft des wissenschaftlichen Denkens über Leben und Handeln kehren, die radikalste. Er ist Antilogik, Antiwissenschaft und Antidenken, wie denn auch seine vornehmste Grundlage ein Verbot des Denkens und Forschens — nämlich des Denkens und Forschens über die Einrichtung und das Wirken sozialistischer Wirtschaftsordnung — bildet, und es ist ein charakteristischer Kunstgriff seines Ressentiments, daß er sich gerade ,,wissenschaftlicher" Sozialismus nannte, um das Prestige, das die Wissenschaft durch die unbestreitbaren Erfolge der Ausbreitung ihrer Herrschaft über Leben und Handeln erworben hatte, auch für den Kampf gegen die Anwendung der Wissenschaft zur Einrichtung der gesellschaftlichen Wirtschaft nutzbar zu machen."

(aus: Die Gemeinwirtschaft, 1932, S. V-VI.)

in eine Kommandowirtschaft, die den Wohlstand der Menschen gravierend herabsetzen und zudem auch Zwang und Gewalt bringen wird.

DER INTERVENTIONISMUS ALS „TROJANISCHES PFERD"

Der Interventionismus ist heutzutage zum allseits akzeptierten Modell geworden: Die Idee, der Staat solle und müsse in das Marktsystem eingreifen, um politisch gewollte Ziele zu erreichen, genießt großen Zuspruch. Sie wird hofiert von den „Gutmeinenden", die der Auffassung unterliegen, mit dem Interventionismus ließen sich die unerwünschten „Folgewirkungen", die sie den freien Märkten zuschreiben, zähmen beziehungsweise ausschalten – wie Finanz- und Wirtschaftskrisen, eine zu große Spreizung der Schere zwischen Arm und Reich, Altersarmut etc. Doch dieses Bestreben resultiert aus einer falschen Ursachenanalyse. Denn es ist der Interventionismus, nicht der freie Markt, der für die heute allseits beklagten Übelstände sorgt, und mit ihm lassen sich die Probleme, die er verursacht, natürlich nicht aus der Welt schaffen.

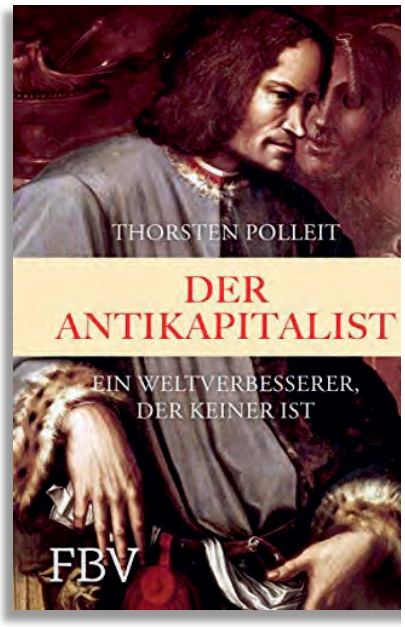
Es gibt jedoch auch diejenigen, die den Interventionismus befürworten, weil sie wissen, dass sich mit seiner Hilfe das System der freien Märkte (beziehungsweise was davon noch übrig ist) gewissermaßen still und heimlich abschaffen beziehungsweise zerstören lässt. Mit gut klingenden Vorschlägen empfehlen sie, der Staat müsse in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen, um vermeintlich bessere Ergebnisse herbeizuführen. Und so dringt der Staat tatsächlich in Bildung (Kindergarten, Schule, Universität), Transport, Medien, Gesundheit, Altersvorsorge, Geld und Kredit und Umwelt vor, wird überall zum dominanten „Spieler", hebelt die verbliebenen Elemente des freien Marktsystems aus, bis das freie Marktsystem keines mehr ist, bis es nur noch eine leere Worthülle darstellt.

Vor allem marxistisch-sozialistische Kräfte erblicken im Interventionismus eine Art Trojanisches Pferd. Dank seiner Hilfe lassen sich beispielsweise mit den Themen „Klimawandel" und „Coronavirus" weitreichende – in Friedenszeiten bisher nie dagewesene – Eingriffe des Staates in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben scheinbar legitimieren. Für viele Menschen klingt es gut und richtig, wenn sie zu hören bekommen: Die Volkswirtschaften dürfen nicht mehr wie bisher produzieren und konsumieren, weil sonst der Planet unbewohnbar wird. Und nur der Staat kann die Rettung bringen. Ihm soll daher das Heft beherzt in die Hand nehmen, soll per Diktat Produktion und Konsum neu zu ordnen. Und die Verbreitung eines Virus erfordere, dass der Staat (und damit die Sonderinteressengruppen, die ihn für ihre Zwecke einsetzen) die Gesundheit der Menschen nach seinen Vorgaben steuert.

DIE AGENDA DER „POLITISCHEN GLOBALISTEN"

Unter den Anhängern des Interventionismus hat sich in den letzten Jahren ein besonders „aggressiver Zweig" herausgebildet: Die Eiferer, die Wirtschaft und Gesellschaft nach politischen Vorgaben um- und neubauen wollen, und zwar weltweit. Sie lassen sich treffend als „politische Globalisten" bezeichnen. Was sie eint, ist die Überzeugung, dass die Menschen ihr Leben nicht selbstbestimmt in einer Welt der freien Märkte führen sollen und dürfen, sondern dass sie vielmehr gesteuert werden müssen von zentraler Stelle. Und wer soll diese „zentrale Stelle" besetzen? Geht es nach den politischen Globalisten, soll diese Macht einem Kartell der Staaten, am besten einer Art Weltregierung, in die Hände gelegt werden; einer Interessengemeinschaft von ranghohen Politikern und Bürokraten, Zentralbankräten, Vertretern von Großunternehmen – also denen, die landläufig als die „Elite von Davos" oder das "Establishment" bezeichnet wer-

den. Der Weg, den der politische Globalismus beschreitet, läuft auf das Errichten einer Befehls- und Lenkungswirtschaft auf diesem Planeten hinaus, einer Welt-Kommandowirtschaft.



Sie wäre eine Art „Vorstufe zum Sozialismus", ist Ausdruck der Idee, die Produktionsleistung der Volkswirtschaft ließe sich von zentraler Stelle bestimmen, um eine bessere und gerechtere und umweltschonendere Weltvolkswirtschaft zu erschaffen. Das soll nicht nur durch direkte Vorgaben erreicht werden (also wie was wann und wo und unter welchen Bedingungen zu erzeugen ist), sondern insbesondere auch durch staatliche Einflussnahme auf die Marktpreise – durch Steuern, aber auch durch Vorgabe von Preisobergrenzen (bei knappen Gütern) und/oder Preisuntergrenzen (bei reichlich vorhandenen Gütern), die Produktion und Konsum bestimmter Güter wirtschaftlich verunmöglicht. Das aber ist ein Weg, der ins Desaster führen muss, weil er das, was vom System der freien Märkte noch übrig ist, vollends zu zertrümmern droht.

Die Misserfolge des Interventionismus – wie beispielsweise Verteuerung der Güter und leere Supermarktregale – belehren sie nicht etwa eines Besseren, überzeugen sie nicht von der Unmöglichkeit des Interventionismus. Sie schreiben die Zielverfehlungen vielmehr dem Umstand zu, dass die Interventionen nicht weitreichend, nicht aggressiv genug ausgestaltet waren, und dass man künftig mit besseren und beherzteren Interventionen zum gewünschten Ziel gelangen werde. Und so folgt Intervention auf Intervention, und die verbliebenen Elemente des freien Marktes werden neutralisiert, zusehends außer Kraft gesetzt, zerstört. Die Verfügungsrechte, die den Eigentümern über ihr Eigentum zustehen, werden nach und nach immer weiter beschnitten, bis die Eigentümer de facto keine Eigentümer mehr sind.

Eine Forderung der Interventionisten besteht darin, die Politiken in den unterschiedlichen Regionen der Welt zu vereinheitlichen – beispielsweise durch Angleichung der Steuersätze und Arbeitsmarktregulierung, durch Koordination der Fiskal- und Geldpolitiken etc. Vor allem aber treiben die politischen Globalisten, die sich des Interventionismus bedienen, auch systematisch die Relativierung und Diskreditierung des Systems freier Märkte (beziehungsweise deren Überreste) voran. Beispielsweise propagieren sie die Idee, die Unternehmen dürften nicht länger kapitalistische Gewinnmaximierung betreiben, sondern müssten den Vorgaben eines „Stakeholder-Kapitalismus" folgen: also ihre Tätigkeiten nicht konsequent an den Eigentümerinteressen, sondern (auch) an den Zielen von Kunden, Kreditgebern, Zulieferern, Arbeitnehmern sowie auch ihren Heimatgemeinden ausrichten. Diese „Umerziehung" des Denkens wird häufig mit der Überschrift „Kapitalismus neu denken" angepriesen.

Insbesondere setzt der politische Globalismus bei der Geldanlage der Kapitalsammelstellen wie Versicherungen, Pensionskassen und Fonds an. Das Prinzip ist hinlänglich bekannt und wird seit Jahr und Tag bei Staatsanleihen praktiziert. Der Staat privilegiert seine Schulden. Beispielsweise müssen Banken für Staatsanleihen kein Eigenkapital vorhalten. Zudem werden Staatsanleihen von der Zentralbank privilegiert behandelt, indem sie für Offenmarktoperationen zugelassen werden. Das erhöht die Attraktivität von Staatsanleihen aus Sicht der Anleger, und sie leihen dadurch den Staaten ihr Geld zu Konditionen, die ohne derartige Privilegien, die der Staat seinen eigenen Schulden zukommen lässt, nicht denkbar wären. Auf diese Weise gelangt der Staat in ganz erheblichem Umfang an das private Kapital.

Der Staat wird dadurch nicht nur immer größer und mächtiger. Er bekommt auch eine gewaltige Finanzkraft, die er zu Lenkungszwecken einsetzt – beispielsweise indem er einige Industriezweige finanziell fördert, andere hingegen nicht. Eine ganz ähnliche Kapitallenkung, die auf eine Industriepolitik hinausläuft, erfolgt mittlerweile durch die staatliche Festlegung, was „nachhaltige Investitionen" sind und was nicht, und welche Unternehmen das „Gütesiegel ESG" (ESG: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) bekommen und welche nicht. Um als „nachhaltiges Geschäftsmodell" eingestuft zu werden, muss ein Unternehmen im Einklang mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Werten handeln – Kriterien, die der Staat maßgeblich in seinem Sinne ausgestalten und erweitern kann. Dabei geraten der Geschäftszweck und die Wertschöpfung genauso ins politische Fadenkreuz wie die Beziehungen zu sämtlichen Stakeholdern (Gesellschaftern, Mitarbeitern, Geschäftspartnern etc.), auch Themen wie „Steuergerechtigkeit" werden beachtet. Die staatliche Industrielenkung wird dadurch erweitert und auf private Investoren ausgelagert.

„ALT-SOZIALISMUS" UND „NEO-SOZIALISMUS"

Der politische Globalismus hat kollektivistische-sozialistische Wurzeln, er ist der Wegbereiter für einen „Neo-Sozialismus". Im Vergleich zum „Alt-Sozialismus" hat der „Neo-Sozialismus" allerdings ein sehr viel düsteres, finsteres Leitbild. Der Alt-Sozialismus hatte zumindest noch offiziell zum Ziel, die materielle Güterausstattung der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, ihren Lebensstandard zu heben. (Die Mittel, die er zur Zielerreichung einsetzte, waren jedoch leider die falschen.) Doch nicht so der Neo-Sozialismus. Er sieht im Menschen nicht Gottes Schöpfung, sondern einen Erdenzerstörer, dessen Maßlosigkeit in die Schranken gewiesen werden muss. Sein Ressourcenverbrauch soll reduziert werden. Und vermutlich mag der ein oder andere politische Globalist auch den Wunsch hegen, die Weltbevölkerungszahl zu kontrollieren beziehungsweise zu senken, damit der Planet nicht unbewohnbar wird.

Knappheit und Verzicht, für die der Neo-Sozialismus eintritt, birgt gewaltigen Sprengstoff. Denn Wirtschaftswachstum, also die Zunahme der verfügbaren Güter im Zeitablauf, erhöht nicht nur den Lebensstandard der Menschen. Es erweist sich auch als ein Instrument zur Konfliktvermeidung: Wenn der Kuchen insgesamt wächst, wird jeder bessergestellt, selbst wenn sein Anteil am Kuchen gleichbleibt. Schrumpft der Kuchen jedoch, ist für alle plötzlich weniger da, und dann nehmen die Verteilungskämpfe unweigerlich an Härte zu. Indem also der Neo-Sozialismus auf eine Zurückdrängung der Güternachfrage, des Güterangebots und des Ressourcenverbrauchs hinarbeitet, bringt er unweigerlich die Menschen gegeneinander auf, national wie international, und die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzung zwischen ihnen steigt.

Wird dem politischen Globalismus nicht Einhalt geboten, wird der Neo-Sozialismus errichtet, werden die Überreste des freien Marktes auch noch abgeschafft. Das altbekannte Problem, dass nämlich der Sozialismus und seine Spielarten undurchführbar sind, würde unerbittlich in Erscheinung treten. Verarmung der Bevölkerung, der Menschheit, wäre die Folge. Die politisch herbeigeführte Verteuerung der Energie deutet bereits an, was droht: Die radikale, in einer relativ kurzen Zeit herbeigeführte Verteuerung der Energie droht, die bestehende Produktions- und Beschäftigungsstruktur auf der Welt umzustürzen, Unternehmenspleiten und Massenarbeitslosigkeit auszulösen. Das wiederum wird Rufe nach dem „helfenden Staat" laut werden lassen. Der „Staat als Retter" zahlt Arbeitslosenunterstützung und Subventionen in großem Stil, sorgt für nachfragewirksame Ausgabenprogramme.

DER „NEO-SOZIALISMUS“ UND DAS UNGEDECKTE PAPIERGELD

Finanziert wird das durch die Ausgabe neuer Staatsschulden, die von den Zentralbanken aufgekauft und mit neuem Geld bezahlt werden. Eine nachlassende Wirtschaftskraft, vor allem aber das Anschwellen der Geldmengen, die die Zentralbanken ausgeben, treiben die Güterpreise in die Höhe. Das Leben wird teurer, der Lebensstandard der breiten Bevölkerung sinkt. Wenn die Menschen nicht die Ursache der Verschlechterung ihrer materiellen Lebenslage erkennen, wird der Staat sich als dauerhafter „Problemlöser“ aufspielen. Er ergreift Maßnahmen, um der Verteuerung von Nahrungsmitteln, Mieten, Versicherungsbeiträgen etc. entgegenzuwirken – beispielsweise durch Erlass von Höchstpreisen (für zum Beispiel Nahrungsmittel und Transport) und Mindestpreise (für zum Beispiel Löhne). Das hemmt die Volkswirtschaft, die Produktion leidet, die Versorgungslage der Menschen verschlechtert sich, und der Plan der Neo-Sozialisten geht auf.

So gesehen ist die (erhöhte) Preisinflation ganz im Sinne des neo-sozialistischen Programms. Sie bremst nicht nur die wirtschaftliche Expansion, sie macht auch breite Teile der Bevölkerung zu Bedürftigen, die sich an den Staat wenden (müssen), um Almosen zu erhalten. Die Entwertung des Geldes und der in Geld ausgewiesenen Ersparnisse, für die die Preisinflation sorgt, verschafft dem Staat eine wachsende Gefolgschaft, die ein vitales Interesse an einem großen und finanzstarken Staat hat. So gesehen ist es nicht überraschend, dass die Zentralbanken mittlerweile eine Geldpolitik verfolgen, die die Preisinflation über die 2-Prozentmarke hinaus treibt. Die Preisinflation ist schließlich keine Naturkatastrophe; sie ist „menschengemacht“, entweder die Folge von „Fehlern“ oder aber von gezielt getroffenen Entscheidungen.

Solange die Preisinflation vor den Augen der breiten Bevölkerung verborgen bleibt, übt die Inflation ihr übles Geschäft aus: Geldentwertung, Zerstörung der Ersparnisse, Umverteilung. Wenn die Preisinflation aber zu groß wird, dann droht der Schwindel aufzufliegen. Dann kann es sogar zur Flucht aus dem Geld kommen: Die Menschen versuchen, ihr Geld loszuwerden, indem sie es gegen Sachwerte (Aktien, Häuser, Kunst etc.) eintauschen. Schwindet das Vertrauen in das ungedeckte Geld, stehen Hoch- oder gar Hyperinflation vor der Tür – es sei denn, die Zentralbanken schwenken um und reduzieren die Preisinflation, indem sie die Zinsen anheben und das Geldmengenwachstum abbremsen. Dann jedoch würde die Schuldenpyramide, die in der westlichen Welt seit Jahrzehnten aufgebaut wurde, zusammenbrechen und mit ihr die Produktions- und Beschäftigungsstruktur sowie auch das ganze Neo-Sozialismus-Projekt. Verständlich also, warum die Zentralbanken alles daransetzen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, sie, die Zentralbanken, seien unverzichtbar, seien die Garanten für gutes Geld, sie seien die „Inflationsbekämpfer“. Die Verdrehung der Wahrheit könnte nicht größer sein.

Das ungedeckte Papier- oder auch Fiat-Geldsystem ist von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des neo-sozialistischen Großprojektes. „Richtig dosiert“, erlaubt es ihm, das volle Ausmaß der Kosten, die der „Große Neustart“ verursacht, vor den Augen der Öffentlichkeit zu verschleiern. Wenn es also den Zentralbankräten gelingt, das Vertrauen der Menschen in das Fiat-Geld zu bewahren, dann können auch die Neo-Sozialisten mit ihren Umsturzplänen weiter voranschreiten. Ein Vertrauensverlust in das Fiat-Geld – beispielsweise ausgelöst durch eine hohe Preisinflation infolge einer zu ungestümen Geldmengenvermehrung – kann hingegen das Neo-Sozialismus-Projekt aus der Kurve werfen. So gesehen birgt der aktuelle Auftrieb der Güter- und Vermögenspreise – so schmerzhaft er auch für

die meisten Einkommensverdiener ist – zumindest die Chance, dass der Fiat-Geldschwindel entzaubert wird und den Neo-Sozialisten sprichwörtlich das Geld ausgeht.

KAMPF DER IDEEN

Die Menschheitsgeschichte ist nicht – wie Karl Marx es den Leuten eingeflüstert hat – das Ergebnis von gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen, an deren Ende notwendigerweise der Sozialismus-Marxismus steht. Sie ist vielmehr von Ideen bestimmt, die die Menschen antreiben. Wenn sie überzeugt sind, der Sozialismus ist das heilbringende System, dann werden sie alles daransetzen, den Sozialismus zu errichten. Um also das, was sich derzeit sich weltweit vollzieht – das Vordringen des Staates und das Zurückdrängen des freien Marktsystems –, aufzuhalten und umzukehren, gibt es keinen anderen Weg, als in den „Kampf um die besseren Ideen" einzusteigen – und die schlechten Ideen zu entzaubern, den guten Ideen – den Ideen der freien Märkte – zum Durchbruch zu verhelfen.

Ökonomisch gesehen ist die Schlacht längst geschlagen: Man kann aufzeigen, dass der Sozialismus und alle seine Spielarten zum Scheitern verurteilt sind; dass ihr Scheitern in der Realität kein Zufall, sondern das es auf das Wirken von ökonomischen Gesetzen zurückzuführen ist. Da diese Erkenntnis nicht allgegenwärtig ist, muss man aufklären: man muss seine Mitmenschen aufklären über die Gefahren, die der Sozialismus bringt. Zudem muss man auch erklären, dass das, was als „grüne Politik", als „Großer Neustart" angepriesen wird, geradewegs aus der sozialistischen Hexenküche stammt, dass sie eine Neuauflage altbekannter sozialistischer Ideen im neuen Gewand darstellen. Man kann Aufklärungsarbeiten leisten, indem man beispielsweise Artikel, Podcast, Videos liberaler-libertärer Denker versendet und deren Bücher verschenkt – an Familienangehörige, Freunde, Arbeitskollegen. Und man muss auch stets die positive Alternative aufzeigen, die Eigentum, individuelle Freiheit und freien Märkte bereithalten – und dass deren Akzeptanz ein dauerhaft friedvolles und produktives Zusammenleben der Menschen auf dieser Welt möglich macht.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DER BESTE SCHUTZ VOR GELDENTWERTUNG. DER DEGUSSA GOLDSPARPLAN.

DEGUSSA-GOLDSPARPLAN.DE

Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart

„DAS INFLATIONSPROBLEM IST VIEL GRÖßER ALS DIE MEISTEN GLAUBEN“

Jörn Gleisner, Managing Director für Investor Communication der financial relations, sprach mit Dr. Thorsten Polleit (TP), Chefvolkswirt der Degussa. Das Gespräch wurde per E-mail am 18. Oktober 2021 geführt.

Jörn Gleisner (JG): Viele Unternehmen klagen unter Material- und Lieferengpässen, die Produktion stockt und wird teurer. Vor allem steigen auch die Preise für Öl, Gas, Kohle, Nahrungsmittel rasant in die Höhe. Die Fragen sind jetzt: Ist sie gekommen, um zu bleiben, und wie schlimm wird sie?

Thorsten Polleit (TP): Inflation ist keine Naturkatastrophe, sie ist menschengemacht. Genauer: Inflation ist ein monetäres Phänomen. Die Inflation – man sollte besser von „Güterpreisinflation“ sprechen – ist die Folge einer übersteigerten Geldmengenausweitung: Die Güterpreisinflation ist so gesehen das Symptom, und seine Ursache ist die Geldmengeninflation. In den vergangenen 1 ½ Jahren haben die Zentralbanken für eine besonders exzessive Geldmengenflut gesorgt, und jetzt kommt die Rechnung in Form steigender Preisinflation ans Licht, die Kaufkraft des Geldes schwindet immer schneller.

Die Europäische Zentralbank hat die Geldmenge M3 seit Anfang 2020 um fast 16 Prozent ausgeweitet, um die Folgen des politisch diktierten Lockdowns zu bewältigen. Die US-Zentralbank hat die Geldmenge um 34 Prozent ausgeweitet. Und dieser „Geldmengenüberhang“ schwillt weiter an, weil die Zentralbanken damit fortfahren, die Geldmengen mit hohen Raten auszuweiten. In den USA wächst die Geldmenge derzeit um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im Euroraum um knapp 8 Prozent. Ähnlich sieht es in vielen anderen Ländern aus. Der gewaltige Geldmengenüberhang übersetzt sich nun in steigenden Güterpreisen, steigende Konsumgüterpreise und steigende Preise von Aktien, Häusern, Grundstücken.

JG: Die Auffassung, die Inflation sei immer und überall eine Folge der übermäßigen Geldmengenausweitung, ist aber doch nicht unangefochten. Es gibt auch andere Erklärungen, oder?

TP: Richtig. Neben der monetären Erklärung der Preisinflation gibt es auch eine „Kosten-Schub-Erklärung“. Ihr zufolge steigen die Güterpreise, wenn die Unternehmen erhöhte Produktionskosten auf die Absatzpreise weiterwälzen. Und es gibt auch eine „Nachfragesog-Erklärung“ der Inflation: Übersteigt die Nachfrage das Angebot, ziehen die Güterpreise an. Diese beiden nichtmonetären Inflationserklärungen stehen jedoch der Auffassung, Preisinflation sei letztlich ein monetäres Phänomen, nicht unvereinbar gegenüber. Zwar ist eine anhaltende Güterpreisinflation ohne Geldmengeninflation, die sie begleitet, nur schwerlich denkbar. Allerdings können Kostendruck und Nachfrageüberhang in den Gütermärkten sehr wohl eine Güterpreisinflation auslösen, wenn die Zentralbank das Geldangebot übermäßig ausweitet beziehungsweise ausgeweitet hat. Genau das ist aktuell der Fall. Die Knappheit, die aus der Beschädigung der internationalen Lieferketten erwächst, ist der Nährboden, auf dem sich der Geldmengenüberhang in steigender Güterpreisinflation entlädt.

JG: 2020 war in der Tat außergewöhnlich, und 2021 markiert eine wirtschaftliche Erholung. Für die andauernde Materialverknappung und die vorherrschenden Produktionsengpässe, die nun für Preisinflation sorgen, können die Zentralbanken doch nichts …

TP: Es ist ein bekanntes Spiel: Die Zentralbankräte, Regierende und die ihnen zugeneigten Hauptstrom-Ökonomen wollen davon ablenken, dass die Geldpolitik als Verursacher der Preisinflation dasteht. Sie suchen daher nach Sündenböcken, zeigen mit dem Finger auf andere und sagen zum Beispiel „Der steigende Ölpreis ist der Grund für steigende Preisinflation“ oder „Maßlose Gewerkschaften treiben mit hohen Lohnforderungen die Preisinflation in die Höhe“ oder jüngst „Das Coronavirus ist schuld an der zunehmenden Preisinflation“. Die Öffentlichkeit soll darüber getäuscht werden, dass es die Zentralbanken sind, die mit ihrer Geldmengenflut für steigende Güterpreise sorgen. Vor allem will man auch verhindern, dass die Arbeitnehmer aufwachen und höhere Löhne fordern. Denn das würde den Aufwärtsdruck auf die Güterpreise weiter erhöhen, eine Lohn-Preis-Spirale würde in Gang kommen. Deshalb betonen Zentralbanken und Hauptstrom-Ökonomen, dass die Preisinflation nur vorübergehend sei.

JG: Da fragt man sich natürlich, warum es die Zentralbanken denn so weit haben kommen lassen, und warum sie nicht längst schon ihren Kurs geändert haben und gegensteuern?

TP: Aus meiner Sicht sind es drei Gründe. Erstens: Nach Jahrzehnten relativ niedriger Konsumgüterinflation wissen viele Menschen nicht mehr, wie schädlich Inflation für die Volkswirtschaften ist. Das Problem: Inflation wird unterschätzt. Die Zentralbanken sind fahrlässig bei der Geldmengenvermehrung und die breite Bevölkerung unachtsam gegenüber der Geldpolitik geworden. Zweitens: In der Ausgabe von immer mehr Geld zu extrem niedrigen Zinsen wird die Politik des kleinsten Übels erblickt; und zwar nicht nur von Regierenden, sondern auch von vielen Regierten. Nach dem Motto: Lieber die Geldmenge erhöhen als Rezession und Arbeitslosigkeit erleiden. Die Folgen, die das hat – vor allem die Geldentwertung –, werden kleingeredet. Anfänglich zumindest. Man hofft, dass die Preisinflation nur vorübergehend ist. Und drittens: Das weltweite Fiat-Geldsystem lässt sich vermutlich nur noch vor dem Zusammenbruch bewahren, indem zu Null- und Negativzinsen die Geldmengen immer weiter ausgeweitet werden.

JG: Das klingt in der Tat wenig erfreulich. Vor allem der dritte Grund, den Sie nennen, erscheint mir alles andere als ermunternd zu sein. Vielleicht können Sie das Problem des ungedeckten Papiergeldsystems etwas näher erläutern?

TP: Ob US-Dollar, Euro, japanischer Yen, chinesischer Renminbi oder Schweizer Franken, sie sind alle Fiat-Geld. Produziert werden sie von staatlichen Zentralbanken, die, in enger Kooperation mit eigens dazu staatlich lizensierten Geschäftsbanken, die Geldmenge per Kredit ausweiten. Es handelt sich sprichwörtlich um Geldschaffen „aus dem Nichts". Das ist beileibe kein Kavaliersdelikt. Das Fiat-Geld leidet unter einer Reihe von ökonomischen und ethischen Defekten. Es ist inflationär, verliert also seine Kaufkraft im Zeitablauf. Es ist sozial ungerecht, sorgt für eine nicht marktkonforme Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Es verursacht Finanz- und Wirtschaftskrisen, lässt den Staat immer größer und mächtiger werden, und es führt die Volkswirtschaften in die Überschuldung. Das International Institute of Finance (IIF) schätzt, dass die globalen Schulden im zweiten Quartal 2021 auf 296 Billionen US-Dollar gestiegen sind. Das entsprach einer Verschuldung von 353 Prozent des Welt-Bruttoinlandsproduktes. Und um das zu verhindern, dass diese Schuldenpyramide zusammenstürzt, drücken die Zentralbanken die Zinsen künstlich herunter, versprechen hinter vorgehaltener Hand den Finanzmarktinvestoren die Finanzmärkte und Konjunkturen zu stützen, und weiten die Geldmengen rasant aus.

JG: Aber die US-Zentralbank (Fed) hat doch nun angekündigt, zumindest etwas den Fuß vom Gaspedal zu nehmen. Sie will doch den Geldmengenzuwachs reduzieren und auch die Zinsen im kommenden Jahr anheben. Ist das vielleicht der Kurswechsel?

TP: Eine kosmetische Änderung der Geldpolitik ist durchaus möglich. Schließlich müssen die Geldpolitiker zeigen, dass sie etwas gegen die Preisinflation unternehmen wollen. Und zudem müssen sie auch die Hoffnung wachhalten, dass die Zinsen irgendwann wieder angehoben werden. Ansonsten droht dem Kreditmarkt das Aus, und dann gerät das Fiat-Geldsystem ins besonders schwieriges Fahrwasser. Aber eine Rückkehr zu „normalen Zinshöhen" halte ich dennoch für sehr unwahrscheinlich. Die Zinsen nach Abzug der Preisinflation werden nicht wieder über die Nulllinie gehoben. Die „Finanzielle Repression" geht weiter, wird sich verschärfen, die Preisinflation steigt. Sie mag zwar aus statistischen Gründen zeitweilig etwas nachgeben in den kommenden Monaten, aber mittel- und bis langfristig zeigt der Trend der Preisinflation nach oben.

JG: Verstehe ich Sie richtig, Sie sagen, die Preisinflation wird jetzt von den Zentralbanken eingesetzt beziehungsweise in die Höhe getrieben, um das Fiat-Geldsystem vor dem Kollaps zu bewahren, und dabei setzt man auf einen negativen Realzins?

TP: Ja, und um das zu verstehen, ist es sinnvoll, sich das große Bild in Erinnerung zu rufen. Das Fiat-Geldsystem hat, so lässt sich wohl sagen, zu einer Überschuldung geführt. Die Entschuldung wird nun durch negative Realzinsen praktiziert. Dazu erzeugen die Zentralbanken eine Inflation, die höher ist als die Inflation, die man den Menschen in Aussicht gestellt hat. Denn nun verrichtet die Inflation ihr Täuschungswerk, die Gläubiger zu enteignen, die Schuldner zu begünstigen. Hinzu kommt, dass sich die Gesellschaftspolitik immer offensichtlicher verabschiedet von der freien Marktwirtschaft beziehungsweise den wenigen Resten, die davon noch übrig sind. Kollektivistische-sozialistische Ideen feiern Renaissance – beispielsweise in das Gewand der „grünem Politik" gehüllt –, und gutes Geld, niedrige Inflation steht ihnen im Wege.

JG: Die Zentralbanken sollen ja, so steht es zumindest geschrieben, politisch unabhängig sein. Sie denken dennoch, sie werden sich beteiligen an einer inflationären Finanzierung der, sagen wir, „Großen Transformation"?

TP: Zu befürchten ist, dass die Zentralbanken nun vollends unter die Fuchtel der Staaten geraten sind. Denn nicht wenige Staaten sind mittlerweile so hoch verschuldet, dass die Geldpolitik auf die Belange der Staaten abgestellt werden müssen; man nennt das auch „Fiskalische Dominanz". Indem die Zentralbanken die Staats-

haushalte finanzieren, werden beispielsweise die wahren Kosten der „grünen Politik" vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen. Und die steigende Inflation, für die die Geldmengenflut sorgt, kommt den kollektivistischen-sozialistischen Bestrebungen, die die Große Transformation vorantreibt, durchaus gelegen. Inflation schafft Bedürftige und treibt sie dem Staat in die Arme, die sich von ihm Besserung versprechen.

Man sollte daher nicht verwundert sein, wenn die Staatsdefizite bis auf weiteres sehr hoch bleiben und die Zentralbanken die Staatsschulden aufkaufen und mit neuem Geld bezahlen. Besonders problematisch ist dabei: Zum einen werden mit dem neuen Geld Staatsausgaben finanziert, die absehbar eine relativ geringe Produktivität haben – zumal die „grüne Politik" sehr wahrscheinlich das Wirtschaftswachstum herabsetzen, nicht befördern wird. Das erhöht den inflationären Preisdruck. Zum anderen werden die Regierungen ihre neu gewonnene Hoheit über die Notenpressen so schnell nicht wieder abgeben wollen. Gerade der Zugriff der Regierungen auf den Zentralbanken lässt erwarten, dass sich ein gewaltiges Inflationsproblem aufbaut.

JG: Viele Menschen werden sich nun vermutlich fragen, wie hoch die Inflation denn künftig ausfallen wird, und vor allem, was man als Anleger machen kann und sollte, um dem Inflationsproblem zu entgehen?

TP: Das hohe Geldmengenwachstum – ich sagte bereits, in den USA liegt die Jahresrate bei 13%, im Euroraum bei knapp 8% – treibt sowohl die Konsumgüterpreise als auch die Vermögenspreise (wie Aktien und Häuser) in die Höhe. In welcher Höhe welche Preise dabei noch steigen werden, lässt sich jedoch nicht mit Gewissheit sagen. Eine Rückkehr zur 2-Prozentmarke bei der Konsumgüterpreiseinflation ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Preissteigerungen für Konsumgüter von 4, 5 oder 6 Prozent für die kommenden Jahre würden mich nicht überraschen. Vor allem aber die Vermögenspreisinflation wird sich wahrscheinlich fortsetzen. Das Ergebnis von all dem liegt auf der Hand: Dass das Halten von Geld – ob in Form von Bargeld oder Buchgeld – wird zum Verlustgeschäft, und gleiches gilt für das Halten von klassischen Anlageklassen wie Geldmarkt- und Rentenfonds.

Eine der großen Herausforderungen für die Anleger ist die Geldentwertung, sei es nun in Form von Konsumgüterpreis- und/oder Vermögenspreisinflation. Wer das Geld den Zentralbankräten vertraut, wird das Nachsehen haben. Leider gibt es keine Zauberformel, die für alle und jeden eine Lösung bereithält, um unbeschadet der Inflationspolitik der Zentralbanken zu entkommen. Aber einige Leitlinien lassen sich nennen. Eine Möglichkeit besteht in der Diversifikation: Streuen Sie die Anlageklassen Aktien und Immobilien international; halten Sie physisches Gold und Silber als Teil der liquiden Mittel; nehmen sie eine Langfristorientierung ein, damit sie im Auf und Ab der Märkte keine kurzsichtigen Entscheidungen treffen und Verluste erleiden; und sehen sie zu, dass ihre Kosten für die Konten- und Depotführung sowie für ihre Transaktionen möglichst niedrig sind.

JG: Herr Polleit, ich danke Ihnen für das Interview!

EDELMETALLPREISE

In US-Dollar pro Feinunze

	Gold	Silber	Platin	Palladium
I. Aktuell	**1787.2**	**24.3**	**1048.6**	**2067.0**
II. Gleitende Durchschnitte				
10 Tage	1770.0	23.0	1018.8	2038.0
20 Tage	1761.6	22.8	995.5	1984.4
50 Tage	1778.8	23.3	990.9	2197.4
100 Tage	1795.8	24.7	1041.4	2456.2
200 Tage	1794.5	25.5	1114.6	2521.9
III. Schätzung 2021	**2448**	**47**	**1272**	**2710**
(1)	*37*	*94*	*21*	*31*
Bandbreiten	*Unten* / *Oben*	*Unten* / *Oben*	*Unten* / *Oben*	*Unten* / *Oben*
	1750 / 2684	23 / 55	950 / 1472	2280 / 2910
(1)	*-2* / *50*	*-5* / *127*	*-9* / *40*	*10* / *41*
V. Jahresdurchschnitte				
2018	1268	15.8	880	1019
2019	1382	16.1	862	1511
2020	1753	20.2	878	2180

In Euro pro Feinunze

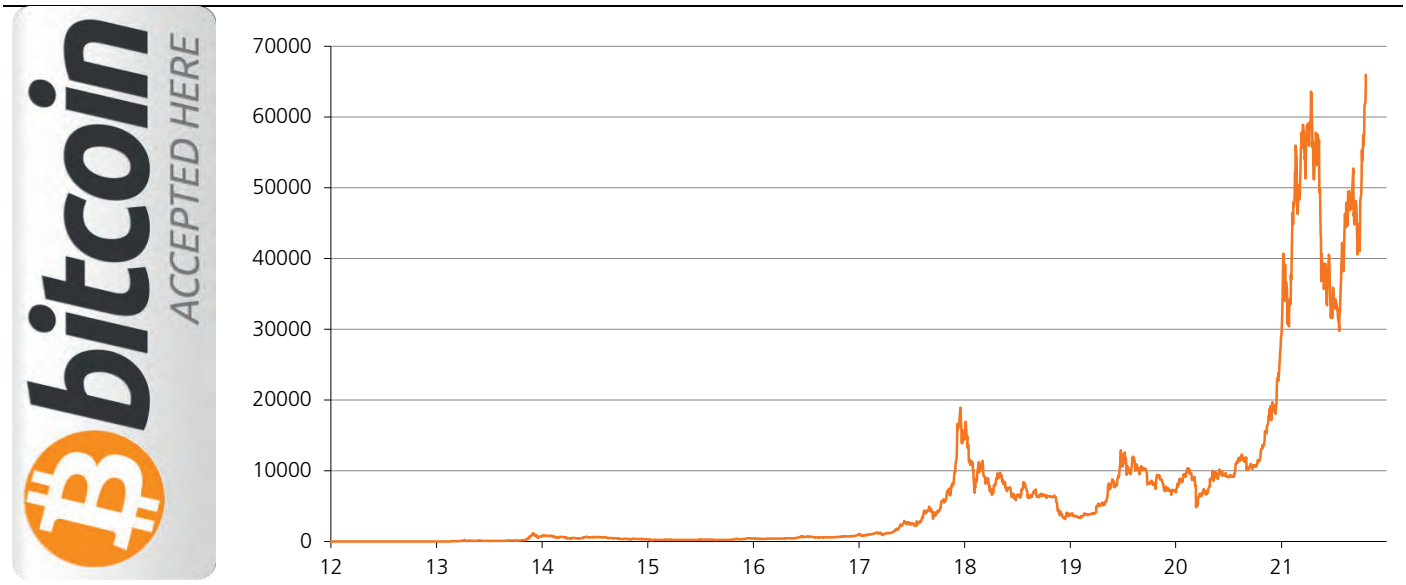
	Gold	Silber	Platin	Palladium
I. Aktuell	**1535.7**	**20.9**	**901.0**	**1776.1**
II. Gleitende Durchschnitte				
10 Tage	1528.3	19.9	879.6	1759.6
20 Tage	1516.1	19.6	856.7	1707.8
50 Tage	1518.2	19.9	845.8	1874.7
100 Tage	1519.9	20.9	881.1	2076.8
200 Tage	1504.6	21.4	933.9	2113.1
III. Schätzung 2021	**2044**	**39**	**1062**	**2263**
(1)	*33*	*88*	*18*	*27*
Bandbreiten	*Tief* / *Hoch*	*Tief* / *Hoch*	*Tief* / *Hoch*	*Tief* / *Hoch*
	1470 / 2260	19 / 47	800 / 1240	1920 / 2450
(1)	*-4* / *47*	*-9* / *123*	*-11* / *38*	*8* / *38*
IV. Jahresdurchschnitte				
2018	1072	13.3	743	863
2019	1235	14.4	770	1350
2020	1535	17.6	769	1911

Quelle: Thomson Financial; Berechnungen und Einschätzungen Degussa. Beachte: Die Zahlen sind gerundet.

(1) Geschätze Preisveränderung bei aktuellem Preis in Prozent.

PREISENTWICKLUNGEN DER ANLAGEKLASSEN

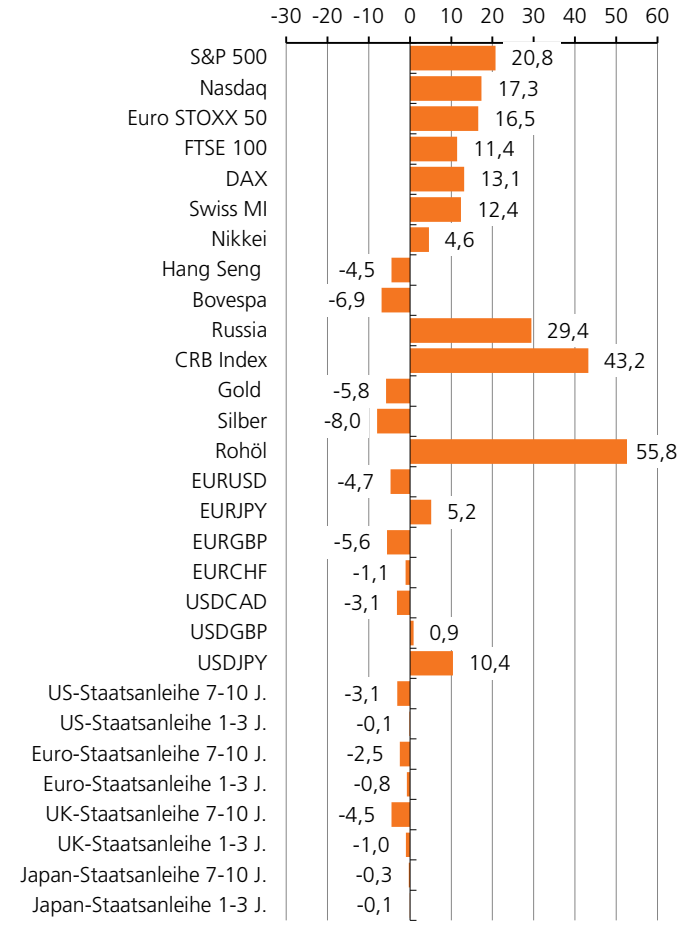
Bitcoin in US-Dollar



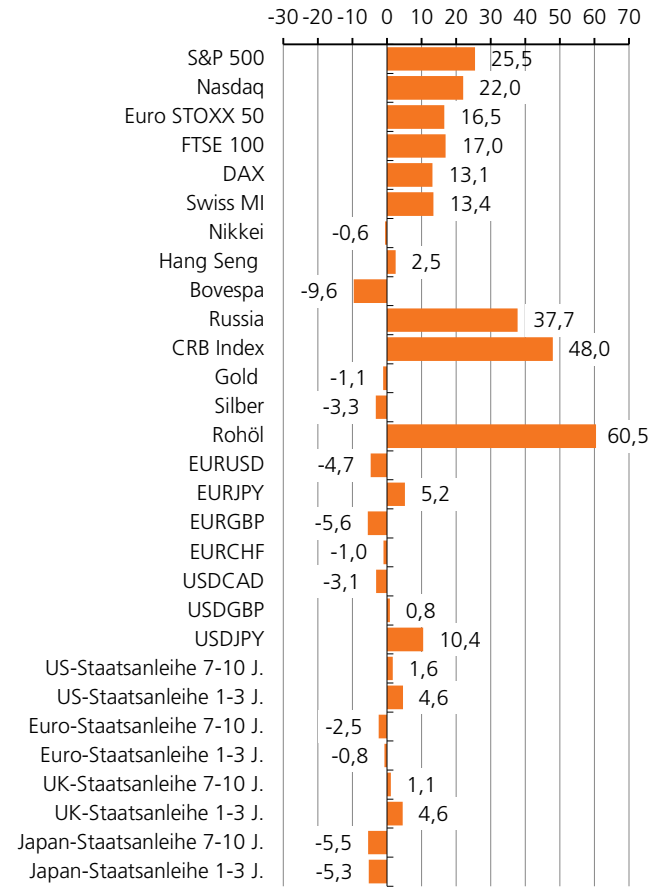
Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Wertentwicklung verschiedener Anlageklassen seit Jahresanfang in Prozent

(a) In nationaler Währung



(b) In Euro



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa.

Ausgabe	Inhalt	Zum Herunterladen
21. Oktober 2021	Der Aufstieg des Neo-Sozialismus „Das Inflationsproblem ist größer, als viele glauben“	*Pdf*
7. Oktober 2021	Das Inflationsbiest	*Pdf*
23. September 2021	Evergrande: Ist das Chinas ‚Lehman Moment‘? Preiskorrektur bei Platin, Palladium und Rhodium Wie Preiskontrollen den Weg in den Sozialismus ebnen (Ludwig von Mises)	*Pdf*
9. September 2021	Gold in Zeiten der Entwertung von US-Dollar, Euro & Co Was man als junger Mensch auf der Such nach Freiheit in der heutigen Zeit wissen? Die Chinarisierung des Westens	*Pdf*
26. August 2021	Die Abhängigkeit von der Inflationsdroge wird immer größer Das Ende von Bretton Woods vor 50 Jahren als Mahnung Globales Helikoptergeld: IWF schafft 650 Mrd. USD neue „SDR“	*Pdf*
12. August 2021	Der dunkle Schatten des Papiergoldmarktes 500 Jahre Geld ohne Gold Neuer Angriff auf das Bargeld	*Pdf*
29. Juli 2021	Der Kampf um die Währungshoheit	*Pdf*
15. Juli 2021	Die EZB-Räte wollen den Euro noch stärker inflationieren Rohstoff- und Edelmetallmärkte Die Goldwährung	*Pdf*
1. Juli 2021	Wer zwischen Schein und Sein unterscheidet, der will Gold halten Die Interventionismus-Falle. Und wie wir ihr entkommen können Der narkotisierte Fluchtinstinkt	*Pdf*
17. Juni 2021	Der Inflationsboom. Verführerisch, betrügerisch, zerstörerisch Gold-ETFs/ETCs verzeichneten wieder Zuflüsse im Mai 2021 Warum Inflation eine Gefahr für die Freiheit ist	*Pdf*
2. Juni 2021	Was Sie immer schon über Inflation wissen wollten … „Ohne Bargeld wird die letzte Zurückhaltung des Staates fallen“ (Interview) Über Finanzfehler der Politik im Lockdown (Gesprächsbericht)	*Pdf*
20. Mai 2020	Bankenregulierung fährt „Bullion Banks“ in die Parade Zinskontrolle birgt inflationären Sprengstoff Das Geld und der neue Sozialismus	*Pdf*
6. Mai 2021	Gold. Physisch. Da weiß man, was man hat Erst Geldmengenausweitung, dann Preisinflation Kartelle, Monopole und BigTech – der andere Blickwinkel	*Pdf*
22. April 2021	Bitcoin, Gold und das Geheimnis des Geldes Die Neuauflage der marxistischen Verelendungstheorie …	*Pdf*
8. April 2021	Das Gold ist das Grundgeld Menschheit. Ein Aufsatz gegen Fehldeutungen Die Macht der kontrollierten Inflation	*Pdf*
25. März 2021	Was Sie über den „Cantillon-Effekt“ wissen sollten Digitaler Krypto-Hype Umsturz mit Fiat-Geld	*Pdf*
11. März 2021	Inflation – verkannt, verharmlost Das staatliche Geldmonopol und der „Great Rest“	*Pdf*
25. Februar 2021	Wie uns das Fiat-Geldsystem in den Sozialismus treibt Zum Verbund zwischen Futures-Markt und physischem Markt Der Griff ans Eigentum	*Pdf*
11. Februar 2021	Die Zentralbanken machen die Finanzmärkte zu einem inflationären Spielkasino Die Gefahren des digitalen Euro-Zentralbankgeldes Die 1-Euro- und 2-Euro-Münzen sollen weg	*Pdf*
28. Januar 2021	Was zählt, ist die Liquidität des physischen Goldes Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ	*Pdf*
14. Januar 2021	Die Weltwirtschaft versinkt in einem Meer von Schulden Ein Modell für ein friedvolles und produktives Zusammenleben: Kapitalismus	*Pdf*
17. Dezember 2020	Ein Gespenst geht um: Das Gespenst des Sozialismus Die Zentralbanken geben dem Goldpreis Auftrieb Ökonomische Gesetze und die Logik des menschlichen Handelns	*Pdf*
3. Dezember 2020	Was Sie über den Goldpreistrend wissen sollten Der Antikapitalist. Ein Weltverbesserer, der keiner ist Geldpolitik für die „Große Transformation“	*Pdf*
19. November 2020	Es geht um mehr als Corona. Weiter auf Gold und Silber setzen Mit dem politischen Globalismus kommt die Postdemokratie Die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems wird den Goldpreis weiter ansteigen lassen	*Pdf*
5. November 2020	Die Regierungen versetzten Europa in den Notstand – und legen die Demokratie lahm Die Goldnachfrage in Q3 2020 Was irrtümliche Ideen anrichten Das Damoklesschwert über dem Euro	*Pdf*

http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/

Alle bisherigen Ausgaben des Degussa Marktreports stehen dort auch zum Download zur Verfügung.

Disclaimer

Für die Erstellung dieser Ausarbeitung ist Degussa Goldhandel GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich. Die Verfasser dieses Dokuments bestätigen, dass die in diesem Dokument geäußerten Einschätzungen ihre eigenen Einschätzungen genau wiedergeben und kein Zusammenhang zwischen ihrer Dotierung – weder direkt noch indirekt noch teilweise – und den jeweiligen, in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen oder Einschätzungen bestand, besteht oder bestehen wird. Der (bzw. die) in dieser Ausarbeitung genannte(n) Analyst(en) sind nicht bei der FINRA als Research-Analysten registriert/qualifiziert und unterliegen nicht der NASD Rule 2711.

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und berücksichtigt nicht die besonderen Umstände des Empfängers. Es stellt keine Anlageberatung dar. Die Inhalte dieses Dokuments sind nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von in diesem Dokument genannten Edelmetallen und Wertpapieren beabsichtigt und dienen nicht als Grundlage oder Teil eines Vertrages.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die von der Degussa Goldhandel GmbH als zuverlässig und korrekt erachtet werden. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Garantie oder Gewährleistung im Hinblick auf Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit oder Eignung für einen bestimmten Zweck.

Alle Meinungsaussagen oder Einschätzungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers bzw. der Verfasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hierin zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Degussa Goldhandel GmbH wider. Die Degussa Goldhandel GmbH ist nicht dazu verpflichtet, dieses Dokument zu aktualisieren, abzuändern oder zu ergänzen oder deren Empfänger auf andere Weise zu informieren, wenn sich ein in diesem Dokument genannter Umstand oder eine darin enthaltene Stellungnahme, Schätzung oder Prognose ändert oder unzutreffend wird.

Die in der Vergangenheit gezeigte Kursentwicklung von Finanzinstrumenten erlaubt keine verlässliche Aussage über deren zukünftigen Verlauf. Eine Gewähr für den positiven Anlageertrag einer in diesem Dokument beschriebenen Einschätzung kann daher nicht übernommen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Dokument genannte Prognosen aufgrund verschiedener Risikofaktoren nicht erreicht werden. Hierzu zählen in unbegrenztem Maße Marktvolatilität, Branchenvolatilität, Unternehmensentscheidungen, Nichtverfügbarkeit vollständiger und akkurater Informationen und/oder die Tatsache, dass sich die von der Degussa Goldhandel GmbH oder anderen Quellen getroffenen und diesem Dokument zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

Weder die Degussa Goldhandel GmbH noch ihre Geschäftsleitungsorgane, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter übernehmen die Haftung für Schäden, die ggf. aus der Verwendung dieses Dokuments, seines Inhalts oder in sonstiger Weise entstehen.

Die Aufnahme von Hyperlinks zu den Websites von Organisationen, soweit sie in diesem Dokument aufgenommen werden, impliziert keineswegs eine Zustimmung, Empfehlung oder Billigung der Informationen der Websites bzw. der von dort aus zugänglichen Informationen durch die Degussa Goldhandel GmbH. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt dieser Websites oder von dort aus zugänglichen Informationen oder für eventuelle Folgen aus der Verwendung dieser Inhalte oder Informationen.

Dieses Dokument ist nur zur Verwendung durch den Empfänger bestimmt. Es darf weder in Auszügen noch als Ganzes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Degussa Goldhandel GmbH auf irgendeine Weise verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden. Die Art und Weise, wie dieses Produkt vertrieben wird, kann in bestimmten Ländern, einschließlich der USA, weiteren gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sind verpflichtet, sich diesbezüglich zu informieren und solche Einschränkungen zu beachten. Mit Annahme dieses Dokuments stimmt der Empfänger der Verbindlichkeit der vorstehenden Bestimmungen zu.

Impressum
Der Marktreport erscheint 14-tägig donnerstags und ist eine kostenlose Serviceleistung der Degussa Goldhandel GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Oktober 2021
Herausgeber: Degussa Goldhandel GmbH, Kettenhofweg 29, 60325 Frankfurt, Tel.: (069) 860068-0, Fax: (069) 860068-222
E-Mail: info@degussa-goldhandel.de, Internet: www.degussa-goldhandel.de
Redaktion: Dr. Thorsten Polleit
Degussa Marktreport ist im Internet abrufbar unter: http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/

Degussa
GOLD UND SILBER.

Zentrale Frankfurt
Kettenhofweg 29 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · info@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen:

Augsburg (Ladengeschäft): Maximiliansstraße 53 · 86150 Augsburg
Telefon: 0821-508667-0 · augsburg@degussa-goldhandel.de

Berlin (Ladengeschäft): Fasanenstraße 70 · 10719 Berlin
Telefon: 030-8872838-0 · berlin@degussa-goldhandel.de

Düsseldorf (Ankaufszentrum): In der KÖ Galerie
Königsallee 60 / Eingang Steinstraße · 40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-13 06 858-0 · duesseldorf@degussa-goldhandel.de

Frankfurt (Ladengeschäft): Kettenhofweg 25 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · frankfurt@degussa-goldhandel.de

Hamburg (Ladengeschäft): Ballindamm 5 · 20095 Hamburg
Telefon: 040-32 90 872-0 · hamburg@degussa-goldhandel.de

Köln (Ladengeschäft): Gereonstraße 18–32 · 50670 Köln
Telefon: 0211-120 620-0 · koeln@degussa-goldhandel.de

Hannover (Ladengeschäft): Theaterstraße 7 · 30159 Hannover
Telefon: 0511-897 338-0 · hannover@degussa-goldhandel.de

München (Ladengeschäft): Promenadeplatz 12 · 80333 München
Telefon: 089-13 92 613-18 · muenchen@degussa-goldhandel.de

München (Ankaufszentrum): Promenadeplatz 10 · 80333 München
Telefon: 089-13 92 613-10 · muenchen-altgold@degussa-goldhandel.de

Nürnberg (Ladengeschäft): Prinzregentenufer 7 · 90489 Nürnberg
Telefon: 0911-669 488-0 · nuernberg@degussa-goldhandel.de

Pforzheim (Scheideanstalt): Freiburger Straße 12 · 75179 Pforzheim
Telefon: 07231-58795-0 · pforzheim@degussa-goldhandel.de

Stuttgart (Ladengeschäft): Kronprinzstraße 6 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-305 893-6 · stuttgart@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen weltweit:

Zürich (Ladengeschäft): Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 0041-44-403 41-10 · zuerich@degussa-goldhandel.ch

Genf (Ladengeschäft): Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genève
Telefon: 0041-22 908 14 00 · geneve@degussa-goldhandel.ch

Madrid (Ladengeschäft): Calle de Velázquez 2 · 28001 Madrid
Telefon: 0034-911-982-900 · info@degussa-mp.es

London Sharps Pixley Ltd (Mitglied der Degussa Gruppe)
Telefon: 0044-207 871 0531 · info@sharpspixley.com